

## Rezension: Raymond Geuss: Kritik der politischen Philosophie - eine Streitschrift

Plümmer, Franziska; Kramer, Hans-Ulrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Plümmer, F., & Kramer, H.-U. (2011). Rezension: Raymond Geuss: Kritik der politischen Philosophie - eine Streitschrift. [Rezension des Buches *Kritik der politischen Philosophie - eine Streitschrift*, von R. Geuss]. *Journal für Generationengerechtigkeit*, 11(2), 70-71. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-267875>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

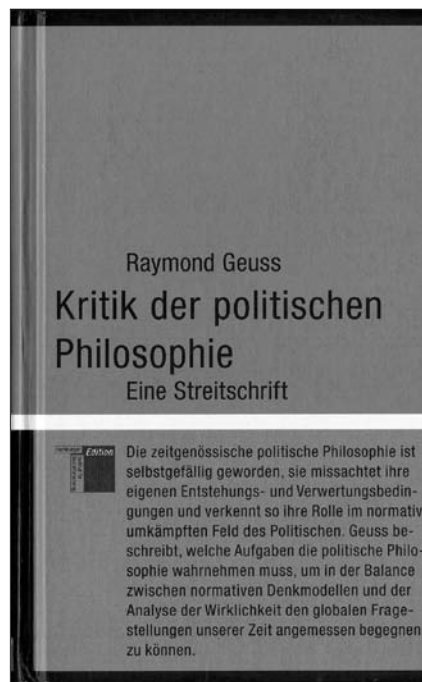
### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

# Raymond Geuss: Kritik der politischen Philosophie – Eine Streitschrift.

Rezensioniert von Franziska Plümmer und Hans-Ulrich Kramer

Der Buchtitel ist Programm: Raymond Geuss, 1946 in Indiana (USA) geboren und seit 2007 Professor für Philosophie in Cambridge (GB), kritisiert in seiner schmalen Abhandlung Klassiker der (politischen) Philosophie – etwa Kant, Rawls oder Nozick – in scharfem, zum Teil auch polemischen Tonfall. Deren Theorien, welchen Geuss einen „verfehlten Realismus“ (S. 82) unterstellt, möchte der Autor einen eigenen, realistischen Ansatz der politischen Philosophie entgegensetzen. Seiner Idee einer politischen Philosophie liegen vier Thesen zugrunde, welche Raymond Geuss bereits in der Einleitung vorstellt. Die Thesen lauten: Erstens: Die politische Philosophie muss realistisch sein (S. 22). Dies bedeutet für Geuss, dass die politische Philosophie nicht von einem fiktiven Ideal ausgehen, sondern sich mit den realen Motivationen der Menschen oder der tatsächlichen Beschaffenheit von Institutionen beschäftigen soll. Zweitens: In der Politik geht es in erster Linie ums Handeln und um die Kontexte des Handelns (S. 26). Drittens: Politik ist immer historisch verortet, also immer kontext- und zeitabhängig (S. 28). Viertens: Politik ist eher ein Handwerk oder eine Kunst als eine reine Theorieanwendung (S. 31). Hier wird der Praxisbezug der Politik und der politischen Philosophie betont. Außer diesen Thesen trifft Geuss in seiner Einleitung auch grundlegende anthropologische Vorentscheidungen über den Menschen als flexibles und widersprüchliches Wesen, dessen Handlungen, Wünsche oder Präferenzen nicht stabil, sondern vielmehr inkonsistent und beeinflussbar seien (S. 12 ff.). Dies spitzt Geuss in folgendem Zitat zu: „Zu den wichtigsten Grunderkenntnissen, von denen jede ernsthafte systematische Reflexion über das Verhältnis von Politik und Ethik ausgehen sollte, gehört die Einsicht, dass die Überzeugungen, Werte, Moralvorstellungen und Wünsche jedes Einzelmenschen unausgegoren, veränderlich, unscharf umrissen und in ihrem Inhalt nur sehr grob artikuliert sind.“ (S. 14). Als Hauptgegner sucht sich Raymond Geuss in der Einleitung keinen Ge-



ringeren als Kant aus. Er wendet sich dabei auch gegen all jene Theoretiker, die in der Tradition Kants stehen und dabei Theorien mit universellem Anspruch aufstellen, die beinhalten, Politik sei angewandte Ethik: „Die Kantianer werden natürlich denken, ich hätte von Anfang an die Grundvoraussetzungen jeder vernünftigen Diskussion verletzt: Eine Analyse, die die grundlegende systematische Unterscheidung zwischen Sein und Sollen, zwischen Tatsache und Wert und zwischen dem Deskriptiven und dem Normativen missachtet, könne nur Verwirrung stiften und zu nichts führen. Ich dagegen halte Kantianer für Opfer eines Fetischismus, der eine Reihe bloß menschlicher Begriffserfindungen und Unterscheidungen zu apriorischen Strukturelementen allen Denkens erklärt und ihnen eine Bedeutung und eine Substanz beimisst, die sie in Wirklichkeit nicht haben.“ (S. 32f.). Wie in diesem Zitat deutlich wird, bricht Geuss auch mit einer im Bereich der Philosophie breit geteilten Auffassung, nämlich mit der Folgerung, dass sich Sollenssätze nicht aus Seinssätzen ableiten ließen. Dieses Diktum wurde zuerst von David Hume formuliert und wird daher als ‚Humesches Gesetz‘ oder einfach als ‚Sein-Sollen-Dichotomie‘ be-

zeichnet. Doch dies nur als kleine Anmerkung. Sodann stellt Geuss in Teil 1 seiner Streitschrift, den er mit „Realismus“ überschrieben hat, die aus seiner Sicht zentralen Fragen der politischen Philosophie und nimmt Stellung zu deren Aufgaben. Die drei zentralen Fragen lauten: Erstens: Wer tut wem was zu wessen Nutzen? (Diese Frage baut auf Lenins Formel „Wer wen?“ auf.) Zweitens: Welche Prioritäten und Präferenzen hat der Mensch? (frei nach Nietzsche.) Drittens: Wie wird menschliches Handeln legitimiert? Warum handelt man so, wie man handelt? (frei nach Weber.) Aus diesen drei Fragen leitet der Autor folgende Aufgaben der politischen Philosophie ab: Diese Denkrichtung soll zum Verständnis, zur Beurteilung und zur Orientierung beitragen. Zudem soll sie durch die Erfindung neuer Begriffe (begriffliche Innovationen) zur Lösung bestehender praktischer Probleme beitragen. Schließlich soll die politische Philosophie zur Ideologiebildung wie zur Ideologiekritik dienen. In Teil 2, der mit „Verfehlter Realismus“ betitelt ist, kritisiert Geuss die zeitgenössischen Theorien von Nozick und Rawls, denen er eben jenen verfehlten Realismus unterstellt. Nozick erkennt allen menschlichen Individuen von Natur aus bestimmte Rechte zu. Geuss bemängelt, dass die Aufzählung subjektiver Rechte nicht der richtige Ausgangspunkt für die politische Philosophie sei. Zudem stelle Nozick nicht die richtigen, historisch gewendeten Fragen. Besonders ausführlich und kritisch setzt der Autor sich anschließend mit der Gerechtigkeitstheorie John Rawls' auseinander. Zentral an seiner Rawls-Kritik ist, dass er dessen Methodik des „Schleiers des Nichtwissens“ für unrealistisch hält. Geuss glaubt nicht daran, dass Menschen noch in der Lage sind Entscheidungen zu treffen – etwa, sich auf bestimmte Gerechtigkeitsgrundsätze zu verständigen –, wenn sie sich unter einem solchen Schleier befänden, durch den sie bar jeglicher Identität wären (S. 99f.). Des Weiteren wirft Geuss Rawls vor, dass bei diesem jegliche Diskussion der Grundfragen der Politik fehle. Insbesondere das Thema ‚Macht‘

bleibe bei John Rawls ausgeklammert. Fairness- und Verfahrensregeln, wie Rawls sie entwickelte, reichten nicht aus, um eine menschliche Gesellschaft zu beschreiben. Vielmehr müssten konkrete Machtverhältnisse analysiert werden. Auch den absoluten Vorrang und Eigenwert, den Rawls der Gerechtigkeit als Fairness zugesteht, sieht Geuss kritisch: „Das ist eine überaus merkwürdige Auffassung.“ (S. 115). Schließlich unterschieden sich Gerechtigkeitsvorstellungen je nach sozialem und historischem Kontext voneinander. Daher sei es nicht zielführend, universalistische und allgemeingültige Gerechtigkeitsgrundsätze aufzustellen, wie Rawls dies tue. Geuss geht so weit, die Rawls'sche Theorie als „Blindgänger“ (S. 128) zu bezeichnen, die er grundsätzlich zurückweist. In seiner Schlussfolgerung bringt Raymond Geuss seine eigene Position noch einmal auf den Punkt: Politik – und damit auch die politische Philosophie – solle konkret, handlungsorientiert und parteilich sein. In der gesamten Debatte verortet der Autor sich selbst als Kontextualisten. Laut Geuss beschäftige sich die Politik vorrangig mit Macht. Daher stellt er die Forderung: „Wer über Politik nachdenken will, sollte zuerst über Macht nachdenken.“ (S. 131). Geuss' zentrale Forderung aber laute, dass die politische Philosophie vom heutigen weitverbreiteten Neo-Kantianismus zu einer realistischen Sichtweise zurückkehren müsse.

Allgemein besticht die Streitschrift durch ihre klare Gliederung und durch zahlreiche Beispiele, mit denen Geuss seine Thesen illustriert. Die klare Form der Schrift steht allerdings in einem gewissen Widerspruch zu der Sprunghaftigkeit, mit der die Argumente vorgetragen werden. Geuss schneidet viele verschiedene Themen an, ohne diese dann im Detail abzuhandeln. Den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt der Autor mit seiner „kleinen Streitschrift“ (S. 34) allerdings auch erst gar nicht. Dennoch setzt Geuss bei seinen Lesern gewisse Vorkenntnisse voraus, etwa in Bezug auf die von ihm kritisierten Philosophen wie Kant, Rawls oder Nozick. Seine Zitierweise ist zum Teil problematisch, etwa dann, wenn er auf Bücher allgemein verweist, ohne die genauen Stellen anzugeben, auf die er sich bezieht. Geuss scheint vor allem zur eigenen „scientific community“ und weniger zu einem philosophisch interessierten, aber in dieser Wissenschaftsrichtung noch nicht so firmen Leser zu sprechen, versteht es aber, durch seine

Provokationen zu fesseln. Dass der Autor sein Traktat als einen Beitrag zur Weiterentwicklung der eigenen Disziplin sieht und sich mit seinem Denkanstoß an unentschlossene Leser oder Menschen mit ähnlichen Ansichten wendet, klingt in folgendem Zitat an: „Bestenfalls kann sie [die Streitschrift, Anm. der Rezensenten] hoffen, Menschen anzusprechen, die vielleicht selbst schon gelegentlich ähnliche Gedanken hatten oder deren Ansichten aus dem einen oder anderen Grund unfertig oder ungefestigt sind. Ihnen möchte sie vor Augen führen, dass es einen möglichen Denkweg gibt, der rechtwinklig zur breiten, ausgetretenen Heerstraße der analytischen politischen Philosophie verläuft (...).“ (S. 34). Generell geht Geuss seine philosophischen Gegenspieler mit harten Bandagen und Worten an. Dies ist in einer Streitschrift sicherlich legitim und trägt zu einer größeren Unterscheidbarkeit der verschiedenen Positionen bei. Allerdings wird die eher idealistische Sichtweise der von ihm kritisierten Philosophen (allen voran John Rawls) nicht in ihrer vollen Komplexität behandelt, sondern zum Teil stark vereinfacht. Entsprechend kann Geuss Gegenpositionen leicht abkanzeln. Der Autor zieht eine klare Grenze zwischen seiner eigenen Position, die realistisch sei, und weniger realistischen Positionen, wobei diese Grenze eher subjektiv und in gewisser Weise auch willkürlich anmutet. Dass Geuss mit ethischen und moralischen Theorien, die keine Machtstrukturen analysieren, völlig bricht, ist schwer nachvollziehbar. Zumal das Eine das Andere ja nicht ausschließt. Geuss macht es sich auch einfach, wenn er in seinem Schlusssatz den Morallehren vorwirft, die Welt lediglich in die dichotomen Kategorien gut/böse einzuteilen und daher wenig über die reale Politik zu sagen zu haben. Gerade die angewandte Ethik beschäftigt sich mit der großen Bandbreite moralischer Graustufen, was Geuss eigentlich begrüßen müsste. Der Autor übersieht in seiner Ethik- und Moralkritik zudem, dass auch in der realen Welt Politik anhand ethischer Maßstäbe bewertet werden muss, damit man nicht in einen Relativismus und Nihilismus ableitet. Kritik gibt es auch an Geuss' Menschenbild zu üben. Den Menschen attestiert Geuss, vor allem in der Einleitung (vgl. mit S. 12ff.), dass sie in ihrem Handeln, Denken und Wünschen oft inkonsistent seien, keine längerfristigen Überzeugungen hätten oder in der großen Mehrzahl willensschwach und leicht ablenkbar seien. Dieses äußerst skeptische

Menschenbild, das den Menschen als ein Mängelwesen begreift, scheint uns in seiner radikalen Form selbst nicht realistisch zu sein. Als Fazit bleibt festzuhalten, dass Geuss mit seiner Streitschrift wichtige Akzente zu setzen vermag. Es muss nicht falsch sein, von der Politischen Philosophie mehr Praxisbezug zu fordern. Thesen wie die, dass Politik historisch verortet und kontextabhängig sei und entsprechend analysiert werden müsse, können eine Brücke zwischen der (politischen) Philosophie und der Geschichtswissenschaft schlagen. Den Kontextualismus und Partikularismus, die Geuss für sich in Anspruch nimmt, scheinen im Vergleich mit einem alles gleichsetzenden zeit- und raumunabhängigen universalistischen Denken ebenfalls ihre Vorzüge zu haben. Allerdings verstört zuweilen die schroffe Ausdrucksweise und die Ausschließlichkeit, mit der Geuss argumentiert. Zumindest dürfte er durch das pointierte, aber eben häufig auch verkürzte Argumentieren sein Ziel erreichen, eine Debatte über die künftige Ausrichtung der politischen Philosophie anzustoßen. Wer diese Debatte im deutschsprachigen Raum aufnimmt, wie lange sie dann andauern mag und wie fruchtbar sie sein wird, bleibt abzuwarten.

*Raymond Geuss (2011): Kritik der politischen Philosophie – Eine Streitschrift. Aus dem Englischen von Karin Wördemann. Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft mbH. (Die Originalausgabe erschien 2008 unter dem Titel „Philosophy and Real Politics“ bei Princeton University Press.) 142 Seiten. ISBN: 9783868542295. Preis: 12 €.*